

Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Bayern, aber gerechter Bericht über den Bedarf für Modernisierung und Ersatzneubauten der stationären Altenpflegeheime in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik zu berichten, wie viele stationäre Pflege- und Altenhilfeeinrichtungen in Bayern modernisierungsbedürftig und wie viele Plätze im Wohn- und Pflegebereich davon betroffen sind.

Die Staatsregierung möge ferner erläutern, wie die Altersstruktur der bestehenden Pflege- und Altenhilfeeinrichtungen in Bayern ist und ob es regionale Unterschiede gibt.

Weiter soll sie darstellen, wie viele Alten- und Pflegeheime im Hinblick auf zeitgemäße Qualitätsanforderungen nicht mehr sanierungsfähig sind und deshalb die Plätze im Wege des Ersatzneubaues erhalten werden müssen und wie viele Plätze im Pflege- und Wohnbereich davon betroffen sind.

Sie wird aufgefordert, den gesamten Finanzbedarf für die notwendigen Modernisierungs- und Ersatzbauvorhaben darzulegen, auch wie hoch der zusätzliche Finanzbedarf ist, sein wird, für die Zusage der Staatsregierung, dass jeder Bewohner einer Altenpflegeeinrichtung Anspruch auf ein Einzelzimmer hat und wie sie diesen zu finanzieren gedenkt.

Begründung:

Der Freistaat Bayern ist nach § 9 SGB XI zur Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur verpflichtet. Die Staatsregierung hat die Investitionskostenförderung für stationäre Altenpflegeeinrichtungen und Altenservicezentren eingestellt. Die Träger der Altenhilfe können damit die notwendigen Modernisierungen und Ersatzbauten nicht mehr wirtschaftlich finanzieren, so dass der bestehende Investitionsstau bei sanierungsbedürftigen Einrichtungen nicht beseitigt werden kann.

Für die Weiterentwicklung einer modernen, wohnortnahen, leistungsfähigen und bedarfsgerechten Infrastruktur von Pflegeeinrichtungen schafft das bereitgestellte Darlehensprogramm keine Abhilfe.